

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhalt	IX
A. Einleitung	1
Erster Teil Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht	11
B. Das autonome deutsche Internationale Gesellschaftsrecht	11
C. Die Niederlassungsfreiheit als Rechtswahlfreiheit	45
D. Die rechtstechnische Verwirklichung der Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht	93
Zweiter Teil Grenzen	103
E. Bedürfnis nach einer Begrenzung der Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht	103
F. Europarechtlicher Rahmen: Spielraum für mitgliedstaatliche Beschränkungen der Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht	115
G. Plädoyer für kollisionsrechtliche Methoden der Rechtswahlbegrenzung	135
H. Die Lehre von der rechtsgeschäftsähnlichen Parteiautonomie	148
I. Rechtsmethodische Ansätze zur Übertragung der kollisionsrechtlichen Grenzen der freien Rechtswahl auf das Internationale Gesellschaftsrecht	166
J. Die kollisionsrechtlichen Grenzen der Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht	175
K. Der Zuschnitt der lex societatis unter der Gründungstheorie: Abschied vom gesellschaftsrechtlichen Einheitsstatut?	260
Dritter Teil Ergebnisse der Arbeit	277
Abkürzungen	283
Literatur	289
Sachregister	335

Inhalt

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
<i>A. Einleitung</i>	1
I. Einführung	1
II. Fragestellung	5
III. Forschungsstand	7
IV. Gang der Untersuchung	8
Erster Teil Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht	11
<i>B. Das autonome deutsche Internationale Gesellschaftsrecht</i>	11
I. Internationalprivatrechtliche Grundlagen – insbesondere zu den Zusammenhängen von Kollisions- und Sachrecht	11
1. Verweisungs- und Entscheidungsrecht	11
2. Gerechtigkeit als Idee des (Kollisions-)Rechts	13
3. Interessen	15
a) Die kollisionsrechtliche Interessenlehre	15
b) Die Bedeutung sachrechtlicher Interessen und Zwecke für das IPR	16
4. Bündelungsmodell	18
II. Materielles und Internationales Gesellschaftsrecht als Gesamtkonzeption	20
1. Interessen und Zwecke des deutschen materiellen Gesellschaftssachrechts	21
a) Gesellschaftsrecht als <i>enabling law</i>	21
b) Gesellschaftsrecht als Organisationsrecht	23
c) Gesellschaftsrecht als Schutzrecht	24
aa) Schutz der Gläubiger	25
bb) Schutz der Minderheitsgesellschafter	26
cc) Schutz der Arbeitnehmer	28
d) Gesellschaftsrecht als Instrument der Gesellschafts- und Sozialpolitik (»politisches Gesellschaftsrecht«)	28
aa) Begriff	28
bb) Beispiele	30
e) Fazit	32
2. Die Anknüpfung des Gesellschaftsstatuts nach der Sitztheorie	32
a) Kollisionsrechtliche Interessen	34
aa) Parteiinteressen: Rechtswahlfreiheit	34
bb) Verkehrsinteressen: Territorialitätsprinzip	35
cc) Interessenabwägung	36
b) Prinzip der engsten Verbindung	37
c) Domizilprinzip	38
d) Fazit	40

3.	Der Umfang des Gesellschaftsstatuts	40
a)	Das Gesellschaftsstatut als Einheitsstatut	40
b)	Insbesondere: Keine Trennung von Innen- und Außenstatut nach der Differenzierungslehre (Grasmann)	42
III.	Ergebnisse des Kapitels B.	44
C.	<i>Die Niederlassungsfreiheit als Rechtswahlfreiheit</i>	45
I.	Internationales Gesellschaftsrecht und Niederlassungsfreiheit	46
1.	Ausrichtung des Internationalen Gesellschaftsrechts an das Binnenmarktziel	46
2.	Die negative Schrankenfunktion der Niederlassungsfreiheit	48
a)	Die Niederlassungsfreiheit als Verbotstatbestand mit kassatorischer Wirkung	48
b)	Niederlassungsbeschränkung durch Kollisionsrecht?	49
3.	Die Niederlassungsfreiheit als »versteckte Kollisionsnorm«?	50
4.	Mobilitätsfeindlichkeit der Sitztheorie – die Entscheidung <i>Centros</i> , <i>Überseering</i> , <i>Inspire Art</i>	52
a)	Die Unionsrechtswidrigkeit der Sitztheorie beim Zuzug des Verwaltungssitzes	53
b)	Die Gründung einer Scheinauslandsgesellschaft als Niederlassungsvorgang?	54
II.	Die Niederlassungsfreiheit als Garantie der freien Standortwahl im europäischen Binnenmarkt	55
1.	Rolle und ökonomische Funktion der Niederlassungsfreiheit im System des europäischen Binnenmarktes	56
2.	Schutzgegenstand: Die Begründung einer »Niederlassung« als Wahl eines wirtschaftlichen Standorts	58
a)	Der Standort des Unternehmens aus betriebswirtschaftlicher Sicht	58
b)	Die Definition der »Niederlassung« gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 AEUV	58
c)	Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften: Standortwahl durch Sitzverlegung	60
3.	Gewährleistungsinhalt: Der Umfang der durch Art. 49, 54 AEUV geschützten Standortwahlfreiheit	61
a)	Bestimmungslandprinzip (Diskriminierungsverbot)	62
b)	Herkunftslandprinzip (Beschränkungsverbot)	64
c)	Grenzen des Herkunftslandprinzips	66
4.	Zwischenergebnis	68
III.	Die Niederlassungsfreiheit als Garantie der freien Rechtswahl	69
1.	Die freie Rechtswahl als Schutzgegenstand der Niederlassungsfreiheit	70
2.	Anfängliche Rechtswahlfreiheit: Gesellschaftsgründung im Ausland	71
a)	Die <i>Centros</i> -Entscheidung	71
aa)	Sachverhalt	71
bb)	Rechtliche Würdigung des EuGH	72
b)	Die <i>Inspire Art</i> -Entscheidung	73
c)	Analyse: Die Briefkastengründung als Fall der anfänglichen Rechtswahl	74
aa)	Dogmatische Herleitung der anfänglichen Rechtswahlfreiheit	74

(1) Anfängliche Rechtswahl der Gesellschaftsgründer (Generalanwalt La Pergola)	74
(2) Verwaltungssitzverlegung der wirksam gegründeten Centros Ltd. (EuGH)	75
bb) These: Notwendigkeit der Differenzierung zwischen anfänglicher Rechtswahl und nachträglicher Verwaltungssitzverlegung	76
(1) Schrifttum	77
(2) Stellungnahme	77
(3) Fazit	80
3. Nachträgliche Rechtswahlfreiheit: Isolierte Satzungssitzverlegung und grenzüberschreitender Formwechsel	80
a) Die Polbud-Entscheidung	80
aa) Sachverhalt	80
bb) Schlussanträge der Generalwältin Kokott	81
cc) Rechtliche Würdigung des EuGH	82
b) Analyse: Die isolierte Satzungssitzverlegung als nachträgliche Rechtswahl	84
4. Kritische Würdigung	86
a) Der »Wettbewerb der Rechtsordnungen« als Auslegungstopos der Niederlassungsfreiheit	86
b) Die Niederlassungsfreiheit als »Organisationsfreiheit«	88
c) Gleichlauf von anfänglicher Rechtswahl (Centros) und nachträglicher Rechtswahl (Polbud)	90
d) Umgehungsmöglichkeiten (argumentum ad absurdum)	90
e) Zwischenergebnis	91
IV. Ergebnisse des Kapitels C.	91
D. Die rechtstechnische Verwirklichung der Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht	93
I. IPR: Systemwechsel von der Sitztheorie zur »europarechtlichen Gründungstheorie«	93
1. Die »europarechtliche Gründungstheorie« als Synthese aus Herkunftslandprinzip und Einheitsstatut	93
2. Nachträgliche Rechtswahlfreiheit: Wandelbarkeit des Anknüpfungsmoments und Statutenwechsel	95
3. Die Geltung der Sitztheorie in Drittstaatenkonstellationen	96
II. Sachrecht: Ermöglichung des grenzüberschreitenden Formwechsels	97
1. Begriff und Funktion	97
2. Grenzüberschreitender Formwechsel de lege lata	98
3. Umwandlungs-RL	100
III. Ergebnisse des Kapitels D.	101
Zweiter Teil Grenzen	103
E. Bedürfnis nach einer Begrenzung der Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht	103
I. Die (Mehrheits-)Gesellschafter als Entscheidungsträger	103
1. Anfängliche Rechtswahl: Konsens aller Gründungsgesellschafter	103

2. Nachträgliche Rechtswahl: Mehrheitsbeschluss der Gesellschafterversammlung	104
II. Rechtswahlfreiheit und Einheitsstatut	105
III. Schutz von Individualinteressen	106
1. Interessengruppen: Gläubiger, Minderheitsgesellschafter, Arbeitnehmer	106
2. Die Tragweite des sog. »Informationsmodells«	108
a) Anfängliche Rechtswahl	109
aa) Gläubigerschutz	109
bb) Minderheitenschutz	110
cc) Arbeitnehmerschutz	111
b) Nachträgliche Rechtswahl	112
IV. Schutz von Allgemeinwohlinteressen	113
V. Ergebnisse des Kapitels E	114
<i>F. Europarechtlicher Rahmen: Spielraum für mitgliedstaatliche Beschränkungen der Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht</i>	<i>115</i>
I. Tatbestandsebene: Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit	115
1. Grenzüberschreitender Bezug	115
2. Niederlassungsfreiheit als Binnenmarktfreiheit	117
3. Anknüpfungsautonomie des Wahlstatuts	117
a) Die sog. »Geschöpftheorie« des EuGH	117
b) Die Anknüpfungsautonomie des Wahlstatuts als Grenze der Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht	119
aa) Anfängliche Rechtswahl	119
bb) Nachträgliche Rechtswahl	119
cc) Zwischenergebnis	120
4. Niederlassungsbegriff: Erfordernis einer realwirtschaftlichen Tätigkeit im Staatsgebiet des Wahlstatuts (genuine link)?	121
a) Genuine link zum Aufnahmestaat als tatbestandliche Voraussetzung der Niederlassungsfreiheit (Generalanwältin Kokott)	122
b) Verzicht auf das Kriterium des genuine link als Element des Niederlassungsbegriffs (EuGH)	123
II. Reichweite des Beschränkungsverbots	124
1. Die Differenzierung zwischen Marktzugangshindernissen und Tätigkeitsausübungs-/Marktrückzugsregeln	124
2. Folgen für die Anwendung inländischen Rechts auf Auslands- gesellschaften	126
a) Gesellschaftsrechtliche Vorschriften des Sitzstaates	126
b) Insolvenz- und deliktsrechtliche Vorschriften des Sitzstaates	128
III. Rechtfertigungsebene	128
1. Missbräuchliche Ausübung des Niederlassungsrechts	128
a) Kein Rechtsmissbrauch unter Umgehungsgesichtspunkten	129
b) Restanwendungsbereich für »konkrete Missbrauchsfälle«	129
2. Zwingende Gründe des Allgemeinwohls (Gebhard-Test)	130
a) Nichtdiskriminierende Anwendung	131
b) Zwingende Gründe des Allgemeinwohls	132
c) Geeignetheit	133
d) Erforderlichkeit	133
IV. Ergebnisse des Kapitels F	134

G.	<i>Plädoyer für kollisionsrechtliche Methoden der Rechtswahlbegrenzung</i>	135
I.	Sachrechtlicher Ansatz: Stakeholder-Schutz in der Umwandlungs-RL	135
	1. Schutz der Gläubiger	136
	2. Schutz der Minderheitsgesellschafter	137
	3. Schutz der Arbeitnehmer	137
	a) Informations- und Anhörungsrechte	137
	b) Unternehmerische Mitbestimmung	138
	4. Verbot von Umwandlungen zu missbräuchlichen und betrügerischen Zwecken	139
	a) Missbrauchskontrolle gemäß Art. 86m Abs. 8, 9 GesRRL	139
	b) Die Rolle des genuine link für das Vorliegen eines Rechts- missbrauchs	140
	5. Kritik	142
II.	Kollisionsrechtlicher Ansatz: (Kollisionsrechtliche) Grenzen der Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht	143
	1. Thesen	143
	a) Rechtsgeschäftsähnliche Parteiautonomie	143
	b) Übertragung der Rechtswahlgrenzen aus anderen IPR-Teilbereichen auf das Internationale Gesellschaftsrecht	145
	2. Vorteile	146
III.	Ergebnisse des Kapitels G.	147
H.	<i>Die Lehre von der rechtsgeschäftsähnlichen Parteiautonomie</i>	148
I.	Die rechtsgeschäftsähnliche Parteiautonomie im System des IPR	148
	1. Parteiautonomie	148
	a) Einführung: Privatautonomie und Parteiautonomie	148
	b) Rechtsgeschäftliche Parteiautonomie: Direkte Rechtswahl durch Rechtswahlerklärung/Rechtswahlvereinbarung	149
	c) Rechtsgeschäftsähnliche Parteiautonomie: Indirekte Rechtswahl durch gezielte Lokalisierung der objektiven Anknüpfungstatsachen	150
	2. Verhältnis der rechtsgeschäftsähnlichen Parteiautonomie zum Institut der Gesetzesumgehung (fraus legis)	152
	a) Die fraus legis als Anachronismus im modernen IPR	152
	b) Fraus legis und europäische Niederlassungsfreiheit	154
II.	Dogmengeschichte der Parteiautonomie: Von der freiwilligen Unterwerfung zur Verweisungsfreiheit – oder: Von der indirekten zur direkten Rechtswahlfreiheit	155
	1. »Freiwillige Unterwerfung« und indirekte Rechtswahl (Savigny)	155
	2. Insbesondere: Die indirekte Rechtswahl durch Erfüllungsortvereinbarung . .	156
	3. RG: Anknüpfung des Vertragsstatuts zwischen Parteiwille und Erfüllungsort	158
	4. Kodifizierung und Europäisierung des Internationalen Schuldrechts	160
III.	Voraussetzungen der Gleichstellung von rechtsgeschäftlicher und rechtsgeschäftsähnlicher Parteiautonomie	161
	1. Mobilitätsfreundlichkeit des objektiven Anknüpfungspunktes	161
	2. Rechtsarbitrage als subjektive Motivation	161
IV.	Die Gründungstheorie als Anwendungsfall der rechtsgeschäftsähnlichen Parteiautonomie	163
	1. Satzungssitz als Gegenstand einer Parteivereinbarung	163

2. Keine außerrechtliche Relevanz des Satzungssitzes	164
3. Zwischenergebnis	164
V. Ergebnisse des Kapitels H.	165
I. <i>Rechtsmethodische Ansätze zur Übertragung der kollisionsrechtlichen Grenzen der freien Rechtswahl auf das Internationale Gesellschaftsrecht</i> . . .	166
I. Feststellung einer Lücke: Das Fehlen gesetzlicher Grenzen der Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht	166
1. Der Begriff der »Gesetzeslücke« nach Larenz/Canaris	166
2. Anwendung auf das Internationale Gesellschaftsrecht	167
a) Unvollständigkeit	167
b) Planwidrigkeit	169
II. Ausfüllung der Regelungslücke: Übertragung kollisionsrechtlicher Grenzen der Rechtswahlfreiheit als allgemeine Rechtsgrundsätze auf das Internationale Gesellschaftsrecht	170
1. Methoden der Lückenschließung	170
a) Offene und verdeckte Gesetzeslücken	170
b) Gesetzesanalogie	171
c) Rechtsanalogie	171
2. Begrenzung der Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht mithilfe allgemeiner Rechtsgrundsätze	173
III. Ergebnisse des Kapitels I.	174
J. <i>Die kollisionsrechtlichen Grenzen der Rechtswahlfreiheit im Gesellschaftsrecht</i>	175
I. »Inlandsgrenze«: Rechtswahl in reinen Inlandssachverhalten (vgl. Art. 3 Abs. 3 Rom I-VO)	175
1. Positivrechtliche Verankerung	176
a) Art. 3 Abs. 3 Rom I-VO, Art. 14 Abs. 2 Rom II-VO	176
b) Art. 1 Abs. 1 und 4 des Haager Kaufrechts-Übereinkommens vom 15.6.1955	177
c) Art. 22 EuErbVO, Art. 5 Rom III-VO, Art. 22 EuGüVO, Art. 22 EuPartVO, Art. 15 EuUntVO i.V.m. Art. 7 f. HUP, Art. 14 EGBGB . .	178
d) Fazit	179
2. Verallgemeinerbarkeit des Normzwecks	179
a) Funktion des IPR: Der internationale Sachverhalt als Auslöser des Rechtsanwendungskonflikts	179
b) Individuelle Autonomie vs. staatliche Souveränität: Die Internationalität als Schlüssel zur Überwindung zwingenden Inlandsrechts	181
c) Bewertung	183
3. Übertragbarkeit auf das Internationale Gesellschaftsrecht	183
a) Fehlende Auslandsberührung	183
aa) Gesellschaft	185
(1) Satzungssitz	185
(2) Effektiver Verwaltungssitz	186
(3) Grenzüberschreitende Geschäftsaktivitäten	186
bb) Gesellschafter	187
(1) Staatsangehörigkeit	187

(2) Gewöhnlicher Aufenthalt	188
cc) Fazit	189
b) Maßgeblicher Zeitpunkt	189
aa) Feststellung der Auslandsverbindung bei anfänglicher Rechtswahl	189
bb) Nachträglicher Wegfall der relevanten Auslandsverbindung	190
(1) Die These von der Dynamisierung der Inlandsgrenze (Zimmer)	190
(2) Stellungnahme	191
c) Rechtsfolge	193
aa) Dogmatische Ansätze	193
(1) Materiellrechtliche Lösung: Rechtswahlausschluss und Inkorporation des Auslandsrechts im Wege der materiell- rechtlichen Verweisung	193
(2) Kollisionsrechtliche Lösung: Rechtswahlbeschränkung durch Sonderanknüpfung der zwingenden Bestimmungen des Einbettungsstatuts	194
bb) Stellungnahme	195
(1) Wirkmechanismus der Sonderanknüpfung und ihr Verhältnis zur Lehre vom gesellschaftsrechtlichen Einheitsstatut	196
(2) Die Sonderanknüpfung des ius cogens in Inlandssach- verhalten im Vergleich zur Sonderanknüpfung von Eingriffsnormen	197
(a) Der Anknüpfungsgegenstand des »national zwingenden Rechts«	197
(b) Allseitigkeit der Verweisungsnorm	198
(3) Vereinbarkeit mit der Niederlassungsfreiheit	198
(a) Materiellrechtliche Lösung	199
(b) Kollisionsrechtliche Lösung	199
d) Fazit	201
II. »Binnenmarktgrenze«: Wahl drittstaatlichen Rechts bei fehlendem objektiven Bezug zu Drittstaaten (vgl. Art. 3 Abs. 4 Rom I-VO)	201
1. Positivrechtliche Verankerung und Verallgemeinerbarkeit des Normzwecks	201
2. Übertragbarkeit auf das Internationale Gesellschaftsrecht	203
a) De lege lata	203
b) De lege ferenda	204
III. Genuine link-Vorbehalt: Wählbarkeit eines beliebigen Rechts ohne objektiven Bezug zur Gesellschaft oder den Gesellschaftern	205
1. Positivrechtliche Verankerung	205
a) Der Grundsatz der »gebundenen Rechtswahl« im Internationalen Familien- und Erbrecht	205
b) Internationales Schuldrecht	207
aa) Grundsatz: Freie Wahlmöglichkeit	207
bb) Ausnahmen: Sektorielle Wählbarkeitsbeschränkungen und Rechtswahlverbote	208
2. Verallgemeinerbarkeit des Normzwecks	208
a) Unbeschränkte Rechtswahl im Internationalen Schuldrecht	209

b)	Beschränkte Rechtswahl	209
aa)	Strukturelle Unterlegenheit einer Partei	210
(1)	Internationales Schuldvertragsrecht: Personenbeförderungsverträge und Versicherungsverträge über Masserisiken	211
(2)	Internationales Unterhaltsrecht	211
bb)	Schutz der Pflichtteilsberechtigten im Internationalen Erbrecht	213
cc)	Unklare Begründung im Internationalen Familienrecht	213
(1)	Schwächerenschutz	214
(2)	Anknüpfungsunsicherheit als innere Legitimation der Parteiautonomie im Internationalen Familien- und Erbrecht	215
c)	Bewertung	216
3.	Genuine Link-Vorbehalt im Internationalen Gesellschaftsrecht	217
a)	US-Gesellschaften	217
b)	EU-Überseegesellschaften	218
c)	EU/EWR-Gesellschaften	219
aa)	De lege lata	219
bb)	De lege ferenda	220
IV.	Eingriffsnormen: Überlagerung des gewählten Gesellschaftsstatuts durch international zwingende Bestimmungen (vgl. Art. 9 Rom I-VO)	222
1.	Positivrechtliche Verankerung	223
a)	Internationales Vertragsrecht	223
b)	Sonstiges europäisches Kollisionsrecht	224
c)	Zwischenergebnis	225
2.	Verallgemeinerbarkeit des Normzwecks	225
a)	Die Rolle des Eingriffsrechts im kollisionsrechtlichen System	225
b)	Kollisionsrechtsdogmatische Begründung der Sonderanknüpfung von Eingriffsnormen mit Schurigs Bündelungsmodell	227
aa)	Unmöglichkeit einer materiellrechtlichen Definition der Eingriffsnorm aufgrund »öffentlicher« Normzwecke	227
bb)	Kollisionsrechtliche Definition der Eingriffsnorm als Gegenstand einer Sonderanknüpfung	230
(1)	»Disqualifikation« und statutsunabhängige Anknüpfung der Eingriffsnorm	230
(2)	Verortung des kollisionsrechtlichen Anwendungsbefehls von Eingriffsnormen	231
3.	Übertragbarkeit auf das Internationale Gesellschaftsrecht	233
a)	Identifikation des Eingriffsrechts auf dem Gebiet des Internationalen Gesellschaftsrechts	233
aa)	Das Gesellschaftsstatut als Produkt der (vertikalen) Bündelung	233
(1)	Einheitsstatut und Sitztheorie	233
(2)	Einheitsstatut und Gründungstheorie	234
bb)	Qualifikation als Eingriffsrecht	236
(1)	Gesellschafts- und sozialpolitisch motivierte Eingriffe in die Binnenstruktur der Gesellschaft (»politisches Gesellschaftsrecht«)	236
(2)	Zwingendes Stakeholder-Schutzrecht (Gläubigerschutz, Minderheitenschutz)	239

b)	Unionsrechtlicher Rahmen	241
c)	Exkurs: Forumfremde Eingriffsnormen im Internationalen Gesellschaftsrecht (vgl. Art. 9 Abs. 2 Rom II-VO)	242
V.	Ordre public: Korrektur der Verweisung zur Abwehr untragbarer materieller Rechtsanwendungsergebnisse (Art. 6 EGBGB)	244
1.	Art. 6 EGBGB als normativer Ausgangspunkt	245
2.	Anwendung des ordre public im Internationalen Gesellschaftsrecht	246
a)	Ordre public unter Geltung der Sitztheorie	246
b)	Ordre public unter Geltung der Gründungstheorie	247
c)	Fazit	249
VI.	Zeitliche Grenzen: Nachträgliche Rechtswahl und Rechte Dritter (vgl. Art. 3 Abs. 2 Satz 2 Rom I-VO)	249
1.	Positivrechtliche Verankerung	250
a)	Internationales Schuldrecht	250
b)	Internationales Güterrecht	251
c)	Sonstiges Internationales Familien- und Erbrecht	251
2.	Verallgemeinerbarkeit des Normzwecks	253
3.	Übertragbarkeit auf das Internationale Gesellschaftsrecht	254
a)	Intertemporales Privatrecht: Grenzüberschreitender Formwechsel als gewillkürter Statutenwechsel ex nunc	254
b)	IPR: Weitergehender Schutz durch Verbot der »Rechtswahl zu Lasten Dritter«?	256
aa)	Kein abstrakter Günstigkeitsvergleich der Schutzniveaus nach altem und neuem Gesellschaftsrecht	256
bb)	Günstigkeitsvergleich anhand der konkreten, nach dem Ursprungsstatut erworbenen Rechtspositionen	257
c)	Ergänzend: Materiellrechtlicher Stakeholder-Schutz in der Umwandlungs-RL	258
VII.	Ergebnisse des Kapitels J.	259
K.	<i>Der Zuschnitt der lex societatis unter der Gründungstheorie: Abschied vom gesellschaftsrechtlichen Einheitsstatut?</i>	260
I.	Ausgliederung des Stakeholder-Schutzes aus dem Gesellschaftsstatut	262
1.	Gläubigerschutz via Insolvenzstatut	263
a)	Anknüpfung an das Centre of Main Interests (Art. 3 Abs. 1, 7 Abs. 1 EuInsVO)	263
b)	Das Insolvenzstatut als »Funktionsnachfolger« beim Gläubigerschutz	263
aa)	Voraussetzungen einer insolvenzrechtlichen Qualifikation	265
bb)	Unionsrechtliche Einordnung: Insolvenzzrechtliche Haftungsfiguren als Tätigkeitsausübungs- bzw. Marktrückzugsregeln	267
c)	Fazit	267
2.	Anlegerschutz via Kapitalmarktstatut	268
a)	Das Verhältnis von Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht in den USA	268
b)	Trend zu einem kapitalmarktorientierten Aktionärsschutz in Deutschland	270
c)	Ausbau des Kapitalmarktstatuts als Reaktion auf die freie Wahl des Gesellschaftsstatuts in Europa?	271

d) Fazit	273
II. Politisches Gesellschaftsrecht als Eingriffsrecht	273
III. Folge: Abschied vom gesellschaftsrechtlichen Einheitsstatut	274
IV. Ergebnisse des Kapitels K.	276
Dritter Teil Ergebnisse der Arbeit	277
Abkürzungen	283
Literatur	289
Sachregister	335